

Für mehr Mitbestimmung im Sozialwesen

Von Christa Ammann, Präsidentin Alternativen Linken Bern, 21 September 2011

Damit das Sozialwesen den Betroffenen dient und nicht nur systemerhaltend ist, braucht es die Mitbestimmung der Betroffenen sowie die Abschaffung von Zwangsmassnahmen:

Die gängigen sozialpolitischen Programme, Interventionen und Massnahmen basieren auf dem Grundsatz, dass erwerbslos gewordene Menschen durch verpflichtende Massnahmen wieder in die Lohnarbeit zurückgebracht werden sollen. In der Durchführung und der Rechtfertigung wird propagiert, dass es um Integration gehe, dabei geht es eher darum den sozialen Ausschluss der erwerbslosen Personen zu besiegeln, indem so getan wird, als ob die Frage nach Integration oder Ausschluss einzig vom Willen der betroffenen Person abhängt.

Der soziale Ausschluss der Menschen und die Erwerbslosigkeit werden jedoch primär durch Mechanismen des kapitalistischen Systems verursacht und diese Mechanismen werden von Arbeits- und Integrationsprogrammen nicht verändert. Die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt kann durch die Massnahmen nicht umgesetzt werden, da die meisten Firmen in einer kapitalistischen Gesellschaft kein Interesse an langzeitarbeitslosen Menschen haben, da es immer noch „geeigneter“ und „bessere“ Menschen zur Auswahl hat. Das Scheitern der sogenannten „Wiedereingliederung“ wird dann jedoch als Schuld derjenigen Personen ausgelegt, welchen es trotz der Integrationsmassnahmen immer noch nicht gelungen ist, eine reguläre Arbeitsstelle zu finden.

So sind beispielsweise Kürzungen und Einstellungen der Sozialleistungen eine gängige Praxis und werden damit gerechtfertigt, dass der Bezug von diesen Geldern möglichst unattraktiv gemacht werden müsse, damit die Betroffenen wieder ein Verantwortungsgefühl für das Familien-, Arbeits- und Gemeindeleben entwickeln und lernen, sich in „die Gemeinschaft“ einzuordnen (da unterstellt wird, dass Personen, welche sich in der „Armutsfalle“ befinden grundsätzlich einen Zerfall der „Werte“ und der „Moral“ durchleben). Diese Politik zielt jedoch im Endeffekt auf nichts anderes ab, als darauf, dass sich möglichst viele dem vorherrschenden System unterordnen. Mittels dieser Praxis wird gewährleistet, dass den sogenannten „Normalbürgern“ ein „Schuldiger“ präsentiert werden kann, nämlich die passiven, faulen und arbeitsscheuen SozialleistungsbezüglerInnen. Der Gesellschaft wird so vorgemacht, dass diese „Schuldigen“ dafür verantwortlich sind, dass es trotz der persönlichen Einordnung, Anpassung oder Unterordnung in das kapitalistische System doch zu Massenentlassungen, Rezessionen, Bankrotterklärungen etc. kommt und das System an sich wird nicht in Frage gestellt.

Die Massnahmen zielen also in erster Linie nicht darauf ab, den Betroffenen zu helfen, sondern der/dem sogenannten „NormalbürgerIn“ einerseits einen Sündenbock zu präsentieren und ihn oder sie andererseits dazu zu bringen sich nicht aufzulehnen. Die Menschen, welche von den Massnahmen und den Konsequenzen betroffen sind, werden nicht gefragt, ob die „Hilfe“ etwas bringt oder welche Form von Unterstützung sie selber als hilfreich einschätzen würden.

Es gilt, dass sich PolitikerInnen dafür einsetzen, dass einerseits von Armut und Erwerbslosigkeit betroffene Menschen gleichberechtigt in die Ausgestaltung der Sozialleistungen miteinbezogen werden, dass sämtliche Zwangsmassnahmen abgeschafft werden und andererseits das bestehende sozialpolitische System fortlaufend kritisch zu analysieren um überhaupt die Chance zu haben, eine echte Alternative zu entwickeln.

Christa Ammann 21/9/11 Drucken

Christa Ammann ist Heilpädagogin aus Köniz. Sie kandidiert für die Alternative Linke (Liste 27) bei den Nationalratswahlen. Sie ist Präsidentin der Alternativen Linken Bern und engagiert sich bei Décroissance Bern, der AKW-ade-Kampagne und in den Themenbereichen Migration, soziale Gerechtigkeit und Umverteilung. Sie war Mitglied beim Referendumskomitee gegen das Sozialhilfegesetz. In folgendem Text stützt sie sich auf das Buch „Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus“ von Kurt Wyss (2009).



Ammann Christa

1983, Wabern

Heil- und Sozialpädagogin, AL

Wahlkreis Bern

Liste 27: Alternative Linke

Kandidatennummern: 27.01.4 / 27.02.2

Impressum

Herausgegeben von KABBA

Redaktionelle Verantwortung: Thomas Näf, Christof Berger und Cyrille Baumann

©2011 KABBA